



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/33 - 9.2.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Eine Ollenhauer-Rede und ihr Echo	S. 1
Zum Wahlkampf in Österreich	S. 3
Herr Seebohm und die Lufthansa	S. 5
Glosse: Der Segen	S. 7

## Ein Ende mit Schrecken ?

(sp) Auf eine ungewöhnliche Rede, die der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dieser Tage über RIAS an die Sowjetzonenbevölkerung gerichtet hat, erfolgte ein in dieser Stärke unerwartetes Echo der Zustimmung. Ollenhauer hatte, von der Gesamtsituation der Sowjetzone ausgehend, erklärt, es sei verständlich, wenn in dieser Notlage viele Menschen an der Zukunft zu verzweifeln drohen und wenn selbst politisch geschulte Männer und Frauen in ihren politischen Überzeugungen unsicher und irre werden und in ihrer Ausweglosigkeit in der Gewalt, im Kriege, das alleinübrigbleibende Mittel sehen, ihrer Bedrängnis ein Ende zu setzen.

Ollenhauer warnte davor, diesen Stimmungen nachzugeben: Die Überlegung: es könne nicht schlimmer kommen, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende - ist keine ernsthafte politische Überlegung; jedenfalls kann sie nicht Bestandteil einer sozialdemokratischen Politik sein; denn in ihrer letzten Konsequenz bedeutet sie ja doch die Vorstellung, dass es keine andere Möglichkeit als eine gewaltsame Auseinandersetzung gibt. "Wir Sozialdemokraten weigern uns, diese Perspektive anzunehmen, weil sie nicht zur Befreiung von achtzehn Millionen Deutsche, sondern zur Vernichtung des ganzen deutschen Volkes führen muss".

Der wahre Politiker hebt sich vom Volksverführer durch den Mut ab, mit dem er auch unpopuläre Dinge sagt. Nichts ist leichter und für den Augenblick lohnender, als den Menschen nach dem Munde zu reden. Jeder kann heute des Beifalls sicher sein, der etwa den

Vertriebenen die baldige Rückkehr in die Heimat oder der Bevölkerung in der Sowjetzone ein frühes Ende ihrer Leiden verspricht. Er muss es wider besseres Wissen tun. Wer so handelt, handelt verwerflich. Er erweckt unbegründete Hoffnungen und stürzt die Menschen in neue Verzweiflung.

Zehntausende flohen und fliehen in diesen Tagen und Wochen aus der Sowjetzone nach Westberlin. Der Schrecken steht ihnen auf dem Gesicht geschrieben. Der Entschluss, Haus und Heimat zu verlassen, ist wohl der schwerste, den ein Mensch fassen kann und der Hass gegen die Feiniger, die ihn dazu treiben, wohl verständlich. Aus solcher Stimmung heraus - wer will dies den Unglücklichen verargen? - kommt dann jener Ruf, lieber ein Ende mit Schrecken zu erleben als ein Schrecken ohne Ende. Viele Flüchtlinge aus der Sowjetzone erheben ihn. Ihre Ungeduld, ihr Groll über das, was man ihnen angetan und denen, die zurückbleiben, noch über sich ergehen lassen müssen, darf jedoch niemals dazu führen, dass auch die verantwortlichen Politiker diesen Stimmungen verfallen.

Die letzte Konsequenz dieses Verlangens nach einem Ende mit Schrecken ist doch der Krieg. Nicht ein frisch-fröhlicher Krieg, sondern der Krieg im Atomzeitalter. Er wäre, wie immer er auch sonst ausfallen würde, das Ende für Deutschland und unser Volk. Kein Krieg, das ist die bittere Lehre unserer Zeit, löst Probleme; er lässt grössere und noch verwickeltere zurück. Allerdings: Wer mit der gewaltsamen Auseinandersetzung rechnet, auf sie zusteuert, sie als unvermeidlich betrachtet, mag sich darüber hinwegsetzen; wer sein Volk vor dem Untergang bewahren will, vermag es nicht.

Der für Finnland unglückliche Ausgang des Hunderttage-Krieges 1939-40 hinterliess als drückende Erbschaft eine halbe Million Flüchtlinge aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten. Dem grossen psychologischen Druck, den diese Masse ausübte, erlag 1 1/2 Jahre später die finnische Regierung. Kein Politiker und keine Partei konnte und wollte sich sagen lassen, dass sie nicht weniger für die Rückkehr der Flüchtlinge seien als andere. Das Ergebnis: Finnland schlitterte an der Seite des Dritten Reiches in einen zweiten Krieg hinein, noch verheerender in seinen Folgen. Leidenschaft und Ressentiment haben sich noch niemals als gute Ratgeber in Lebensfragen eines Volkes erwiesen.

Die Zukunft des deutschen Volkes und die Möglichkeit seiner Wiedervereinigung in Freiheit liegt in der Ausnutzung aller Chancen friedlicher Vereinbarungen zwischen den vier Besatzungsmächten. Dazu gehört freilich auch der Wille der Besatzungsmächte und der Bundesregierung. Eine der bittersten Erkenntnisse des Dulles-Besuches ist die Feststellung, dass auf amerikanischer Seite heute überhaupt keine Neigung mehr zu bestehen scheint, einen letzten Versuch in dieser Richtung zu wagen. Und wieder stimmt die Haltung des Kanzlers mit der amerikanischen Aussenpolitik völlig überein: Als Dr. Adenauer auf der Freitag-Presskonferenz gefragt wurde, ob auch über die Möglichkeit eines Vierer-Treffens gesprochen worden sei, antwortete er mit Nein. Ein erschütterndes Eingeständnis, wie es deutlicher der Kanzler nicht machen konnte.

Parteien-Aufmarsch beendet

O.R. Wien, Anfang Februar

Am 22. Februar wählt Österreich sein neues Parlament. Offiziell wurde der Wahlkampf am 7. Januar eröffnet. Das Wort ergriffen zunächst nur die drei grossen Parteien, die Volkspartei, die SPÖ und der Verband der Unabhängigen. Die Kommunisten machten sich im Hintergrunde zu schaffen, betätigten sich als Fassadenschmierer und Falschmünzer. Von den kleineren Gruppen hörte man nicht viel. Zum Teil deshalb, weil ihnen die Mittel fehlen, sich durch Propaganda bemerkbar zu machen, dann aber auch, weil sie der Entschluss der Koalition, die Wahl vorzulegen, unvorbereitet traf. Jetzt sind sie aber auf dem Plan und ergänzen das politische Gebäude der Grossparteien durch einige bunte Steinchen.

Insgesamt treten elf Gruppen wahlwerbend auf. In der Liste des Innenministeriums steht der "Bund österreichischer Monarchisten" an erster Stelle und hat daher den Vorzug, schmunzelnde Beachtung zu finden. Dass es in Österreich Monarchisten und Legitimisten gibt, weiss man. Ihre Bedeutung ist gleich Null. Sie selbst - in der Form der Partei - schätzen sich auch nicht sehr hoch ein, denn sie kandidieren nur in Kärnten, ausgerechnet in einem der beiden "röttesten" Länder. Es ist interessant, dass sich Otto von Habsburg ausdrücklich von jeder monarchistischen Partei distanzierte und erst vor einigen Tagen eine diesbezügliche Erklärung abgab, die auch noch eine andere winzige Partei anging, deren Chef sein dürftiges Programm mit dem Glanz von einst aufzuputzen versuchte.

Etlichen Vorgestrigen genügt die katholische Basis der Volkspartei nicht. Sie haben - angeblich - die alte "christlichsoziale Partei" wieder ins Leben gerufen. Sie wollen christlicher sein und sozialer. Der alte Heros Lueger wird wieder beschworen und den einundachtzigjährigen Parlamentspräsidenten Leopold Kunschak, einen der Kämpen von einst, wollten sie für sich reklamieren. Aber der Alte bedankte sich. In Kreisen der Volkspartei nimmt man die Neugründung nicht auf die leichte Schulter: man sagt sich, dass die Frömmsten der Frommen wohl noch der Faszination durch den alten, wenn auch ramponierten Namen erliegen könnten.

Nicht uninteressant ist die Einfallslosigkeit diverser Partei-

gründer. Sie vermeinen der Parteilüchtigkeit der Wählerschaft dadurch entgegenzukommen, dass sie sich als "parteilos" und "parteilfrei" erklären. Zu ihnen gehören die altneuen Christlichsozialen, die ebenso wie die "Überparteiliche Einigung der Mitte" mit "parteilosen Persönlichkeiten" paradiert, und die "Österreichischen Nationalrepublikaner", die in 13 von 25 Wahlkreisen Wahlvorschläge eingebracht haben. Ferner versuchen die "Freien Demokraten" in 9 Wahlkreisen ihr Glück. In Kärnten haben die Slovenen eine eigene christlich-demokratische Liste aufgestellt.

In allen 25 Wahlkreisen haben nur die ÖVP, die SPÖ, der VdU, die VO (Volksopposition, Tarnname für KP) und die "Überparteiliche Einigung der Mitte" ihre Wahlvorschläge eingebracht. Die letztere hat keine Aussicht, den Boden des Parlaments zu betreten. Bei den Kommunisten kommt es darauf an, ob sie in einem einzigen Wahlkreis das Grundmandat erreichen. Bei den letzten Wahlen stützten sie sich auf Wien und Wiener Neustadt. Nun muss - infolge der geänderten Bevölkerungsverhältnisse - der Osten des Landes neun Mandate an den Westen abgeben, d.h. die Wahlzahl wird in der sowjetisch besetzten Zone höher und der Sitz im Nationalrat daher schwerer zu erringen sein als 1949. Man darf sich jedoch keinen Illusionen hingeben, dass die KPÖ ohne weiteres auf ihre fünf Sitze verzichtet, hat sie doch bei der Bundespräsidentenwahl in ganz Österreich die respektable Stimmenanzahl von 220 000 erreicht (1949: 213 000). Mit einem Rückgang ist kaum zu rechnen, viel eher mit einer Stimmenzunahme, und zwar auch im Westen.

Während die kleinen Parteien es als grossen Erfolg buchen würden wenn ihre Gründer sich einen Sitz ergatterten, rechnen die Unabhängigen mit über 20 Mandaten gegenüber 16 bisherigen. Sie hoffen dabei auf Stimmen aus dem ÖVP-Lager. Das würde bedeuten, dass die beiden bisherigen Koalitionspartner ungefähr gleich stark aus den Wahlen hervorgehen würden. Jetzt hatten die Volksparteiler 77, die Sozialisten 67 Mandate. Dem VdU war es nicht gelungen, die erträumte Rolle des Züngleins an der Waage zu spielen. Auch am 22. Februar dürfte er über die Stärke des Blocks des Bürgerlichen und Grossdeutschen zwischen 1919 und 1933 nicht hinauswachsen. Der Kampf konzentriert sich also auf die beiden Koalitionspartner, die nun Wahlgegner geworden sind.

Merkwürdige Dinge im Machtbereich des Herrn Dr. SeehoßVon H.G. Ritzel, M.d.B.

Im Nachtragsetat des Bundesverkehrsministerium für das Rechnungsjahr 1952 wird eine Summe von 8 700 000 M angefordert, die eine Beteiligung des Bundes am Stammkapital der neuen deutschen Luftverkehrsgesellschaft ermöglichen soll. Der Bund soll nach dem Generalvertrag das Recht erhalten, sich an der Verkehrsluftfahrt zu beteiligen. Aus Gründen der Devisenersparnis und zur Schaffung von Flugverbindungen, die in erster Linie auf das Bedürfnis des deutschen Exportes abgestellt werden sollen, erachtet es die Bundesregierung als notwendig, eine deutsche Luftverkehrsgesellschaft zu errichten, die den Erwerb von Flugzeugen, die Ausbildung von fliegendem Personal und den Betrieb von Fluglinien in Europa und nach Übersee übernimmt. Für die Beteiligung des Bundes am Aktienkapital sollen vorläufig acht Millionen M und für die Kosten der Ausbildungsmaßnahmen 0.7 Millionen M bereitgestellt werden.

Ernsthafter Zwischenfall

Bei der Beratung dieses Kapitels des ausserordentlichen Etats ergab sich im Haushaltsausschuss des Bundestages ein ernsthafter Zwischenfall. Das Bundesverkehrsministerium liess einen sogenannten "Abschlussbericht des Vorbereitungsausschusses Luftverkehr" nebst einer Anlage zu diesem Abschlussbericht überreichen, in der die Geschichte der deutschen "Handelsluftfahrt" von 1919 bis 1945 dargestellt wird. Die politisch-parlamentarische Verantwortung für das ganze Kapitel, die Anforderung der genannten Beträge und die Begründung trägt der Bundesverkehrsminister Dr. Seehoß, der wegen einer Auslandsreise selbst an der Sitzung des Haushaltsausschusses nicht teilnahm. In der erwähnten Anlage ist eine Darstellung der einzelnen Jahreserfolge der deutschen Handelsluftfahrt enthalten. Als Grundlage diente die Festschrift "Zehn Jahre deutsche Lufthansa", die im Jahre 1936, also während der Hitlerzeit aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der deutschen Lufthansa herausgegeben wurde. In einer Vorbemerkung heisst es: "Ihr wurde im Text wörtlich gefolgt, soweit nicht belanglose Vorgänge Kürzungen für diesen historischen Rückblick erforderlich machten". Der Verfasser dieser "Geschichte der deutschen Handelsluftfahrt" fand es nun offensichtlich nicht belanglos, anhand der erwähnten Festschrift dem Deutschen Bundestag als Begründung für die Bewilligung von 8.7 Mio M gewisse geschichtliche Tatsachen in Erinnerung zu bringen, für deren heutige Wiedergabe Bundesverkehrsminister Dr. Seehoß die Verantwortung trägt.

In der 234. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 22.10.1952 hat Bundeskanzler Dr. Adenauer laut stenographischen Bericht des Bundestages anlässlich der Debatte über personalpolitische Mißstände im Auswärtigen Dienst wörtlich erklärt: "Ich meine, wir sollten jetzt mit der Naziriecherei Schluss machen".

Ungeist des Dritten Reiches

Die Ursachen, die den Hohen englischen Kommissar veranlasst haben, führende ehemalige Pg's hinter Schloss und Riegel zu setzen,

sind noch nicht bekannt. Man kann mit Carlo Schmid der Auffassung sein, dass es Sache der deutschen zuständigen Stellen hätte sein sollen, die beschuldigten und verdächtigten Pp's zur Verantwortung zu ziehen. Man kann aber ebenso wohl auch die Auffassung vertreten, dass angesichts der Durchsetzung der Justiz und Verwaltung mit früheren Pp's durchaus kein Anlass besteht, einem allzu grossen Optimismus in Bezug auf die Herausstellung strafrechtlicher Verantwortlichkeiten früherer Nationalsozialisten zu huldigen. Dass immer wieder der Ungeist des Dritten Reiches mit oder ohne Absicht zum Durchbruch kommt, beweisen die im Haushaltsausschuss des Bundestages zitierten Stellen auf Seite 15 und 16 der erwähnten Anlage zum Abschlussbericht des Vorbereitungsausschusses Luftverkehr. Wir zitieren wörtlich:

"Das achte Jahr = 1933

Der 30. Januar führt auch zu einer völligen Neuordnung der deutschen Luftfahrt, die sich auf die Deutsche Lufthansa und den von ihr betriebenen Verkehr sehr bald auswirkt. Eine der ersten Regierungshandlungen ist die Berufung Hermann Görings zum Reichskommissar der Luftfahrt und später zum Reichsluftfahrtminister. Dadurch erhält die Luftfahrt, deren Belange bisher im wesentlichen vom Reichsverkehrsministerium mit vertreten wurden, ein eigenes Ministerium. Diese Wandlung schafft dem deutschen Luftverkehr, der bisher durch die Parteistreitigkeiten und partikularistischen Interessen ebenso wie durch den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands gehemmt und in seiner stetigen Entwicklung gestört worden war, eine neue Grundlage".

"Das Eintreten Hitlers und seiner Mitarbeiter für die Handelsluftfahrt stärkt das Vertrauen zum Luftverkehr ganz ausserordentlich".

Ein Warnzeichen mehr

So etwas wagt man dem Deutschen Bundestag zu bieten. Kein Wort der Kritik gegen derartige Erscheinungen, die in ihrem inneren Wesen nur symptomatisch sind für gewisse politische Realitäten, ist scharf genug, um einen solchen Vorgang zu brandmarken. Man braucht, um mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zu sprechen, keine Naziriecherei zu betreiben: Der Gestank drängt sich von selbst auf!

Der Haushaltsausschuss hat die Beratung dieses Etatkapitels unterbrochen und einstimmig beschlossen, den Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer nach seiner Rückkehr aus dem Ausland vor den Ausschuss zu zitieren und von ihm eine Erklärung darüber zu verlangen, ob er die Darstellung in dieser famosen Geschichte der deutschen Handelsluftfahrt billigt. Von dem Ergebnis dieser erneuten Ausschussberatung wird es abhängen, welche Konsequenzen gegebenenfalls das Parlament zu ziehen haben wird. Auf jeden Fall aber ist dieser für die Bundesregierung mehr als peinliche, für gewisse Strömungen in der deutschen Politik aber charakteristische Vorfall ein Warnzeichen mehr. Die völlig verfehlte Politik, die die kleinen Pp's vor die Spruchkammern brachte und die grossen Pp's laufen liess, beginnt sich zu rächen. Sicherlich wird der Versuch gemacht werden, die Angelegenheit zu verniedlichen. Trotzdem und dann erst recht ist das Gebot zu äusserster Wachsamkeit im Interesse der Sicherung der deutschen Demokratie eine zwingende Notwendigkeit.

Der Segen

R.G. Es liegt doch überall Segen. Auch wo es wie ein Unheil aussieht. Man muss nur klug oder auch skrupellos genug sein, diesen Segen aufzuspüren.

Da ist zum Beispiel diese Grippe-Epidemie. Sie sah gar nicht danach aus, dass sie ein Geschenk des Himmels sein könnte, dazu bestimmt, der Menschheit Glück zu bringen. Und jetzt wird berichtet, dass Grippe-Forscher der Weltgesundheitsorganisation nun endlich so weit sind, dass sie hoffen können, die Grippe durch Schutzimpfungen bekämpfen zu können. Die herrschende Grippe-Epidemie habe allen Wissenschaftlern hervorragende Forschungsmöglichkeiten gegeben. Heureka! Hoffen wir, dass bald eine neue Grippe-welle Gelegenheit gibt, das eben Erforschte nun auch praktisch auszuwerten!

Eine Eine von noch weniger Skrupeln getragene Feststellung traf vor kurzem (15.1.1953) die Zeitschrift "Christ und Welt" anlässlich einer in Frankreich erfolgten Verurteilung zweier deutscher Ärzte, die an KZ-Insassen Experimente mit Kampfstoffen durchgeführt hatten. Es wäre doch denkbar, meinte die Zeitschrift: "dass die beiden verurteilten Ärzte mit ihren Experimenten zu Ergebnissen kamen, aufgrund deren bei einem nächsten Krieg viele Menschenleben gerettet werden können".

Man weiss nicht, welches Unheil man der Menschheit - ausser dem nächsten Krieg, aus dem man gewiss auch wieder viel lernen kann - in Verfolgung solcher Gedankengänge noch wünschen soll. Tröstlich bleibt bei alledem nur, dass es bei allen Dingen Optimisten gibt, die auch dem Hässlichsten das Schöne und dem Gemeinsten das Gute abgewinnen. Eine solche Einstellung ist eigentlich die sichere Garantie für den Fortbestand der Welt, und es sollte uns darum um die Zukunft nicht bange sein. Was auch an Unheil kommen möge, irgendwer wird schon den Segen daraus schöpfen!

---

Verantwortlich: Peter Raunau